

Empfangsstaat anzufragen, ob der in Aussicht Genommene annehmbar (persona grata) ist (demande d'agrément; Agrément). Das Amt des Gesandten beginnt mit der Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens (Kredittiv). Der Gesandte hinterlegt seine Pässe beim Ministerium des Auswärtigen des Empfangsstaates und erhält sie „ausgestellt“, wenn seine Mission — besonders beim Abbruch der diplomatischen Beziehungen — beendet ist. Auch die Ernennung des Konsuls wird dem Empfangsstaate mitgeteilt; er kann sein Amt aber erst ausüben nach Erteilung des „Paaet“ oder „Credentia“ („das Amt kann ausgeübt werden“). Manche Konsulin in den nicht christlichen Staaten haben „Konsulargerichtsbarkeit“ (Jurisdiktionskonsulin). In diesen Staaten ist das „Territorialitätsprinzip“, wonach jeder souveräne Staat über alle in seinem Gebiet sich aufhaltenden Personen — mit Ausnahme der „Exterritorialen“ — die Gerichtsbarkeit auszuüben hat, verlassen zugunsten des „Personalitätsprinzips“. Danach werden die Ausländer nicht von den Inlandsgerichten, sondern von ihren Konsulargerichten abgeurteilt. Die Konsulargerichtsbarkeit ist im Schwanden begriffen; Deutschland hat sie durch den Versailler Vertrag überhaupt verloren. In der Türkei bestand sie auf Grund der sog. Kapitulationen. Diese sind durch den Friedensvertrag zu Lausanne vom 24. Juli 1923 endgültig aufgehoben. Die Vesteilung der noch in einzelnen Ländern des „fernen Ostens“ bestehenden Konsulargerichte ist nur eine Frage der Zeit.

Der Verkehr der Gesandten mit den Staatsmännern des Empfangsstaates vollzieht sich entweder durch persönlichen Meinungsaustausch oder durch schriftliche Erklärungen, „Noten“. Diese können entweder förmliche und unterschriebene oder weniger förmliche in der dritten Person gehaltene und nicht unterschriebene sein („Verbalmoten“), die also eine mündliche Erklärung festlegen. „Aide mémoire“ ist die bei einer mündlichen Erklärung oder nach einer solchen übergebene Niederschrift zur Feststellung des Inhalts der Erklärung, „Auskunftsnotiz“ eine schriftliche Neußerung an mehrere Staaten. Bekannt ist der in neuerer Zeit nach Entwicklung des Fernverkehrs vielfach verwendete „Funkdruck an alle“.

„Konferenzen“, oder „Konferenzen“ werden unter Entsendung von Delegierten „Delegationen“ veranstaltet zur Erzielung von wichtigen Streitfragen und zur Vorbereitung des Abschlusses von Staatsverträgen, z. B. Wiener Kongreß 1814, Pariser Kongreß 1856, Berliner Kongreß 1878, Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907, Londoner Konferenz von 1924 zur Annahme des Dawes-Planes über den Umfang der Deutschland obliegenden Entschädigungen („Reparationen“), Konferenz zu Locarno 1925 zum Abschluß des Rheinpaaets und der Schiedsgerichtsverträge.

Der Abschluß von Staatsverträgen vollzieht sich in der Regel in verschiedenen Abschnitten. Sind die bevollmächtigten Vertreter der Staaten über den Inhalt des abzuschließenden Vertrages einig, so wird dieser „paraphiert“. Dieser gerade beim Abschluß von Locarno erwähnte Ausdruck kommt aus der byzantinischen Gerichtssprache und ist eigentlich vertriebt aus „paraphrasieren“ (nebengeschrieben). In den griechisch abgefaßten Gerichtsschriften pflegte man die Gesetzesvorschriften neben die Ausführungen an den Rand zu schreiben, ebenso Ratsche und diese mit dem Handzeichen des Schreibers zu versehen. „Paraphrasieren“ bedeutet eine Urkunde aufsetzen unter der Feststellung, daß die Vertreter aus den Vorverhandlungen („Pourparlers“) in den Abschnitten des Vertragsabschlusses übereingekommen sind, und daß nunmehr an dem Inhalt nichts geändert werden dürfe. Das bezeugt, wie sich z. B. auch aus dem Protokoll des Vertrags von Locarno ergibt, die Klausel „Reparatur“ (es darf nichts mehr verändert werden). Jeder Bevollmächtigte zeichnet einen solchen Vertragsentwurf mit den Anfangsbuchstaben seines Namens. Dann erfolgt die förmliche Ausfertigung des Instruments in so viel Urkunden, wie Vertragssteilnehmer vorhanden sind und deren Unterzeichnung — die für den Vertrag von Locarno in London am 1. Dezember 1925 erfolgen soll — mit dem vollen Namen des Bevollmächtigten unter Beibrückung des Staatsiegels. Der dritte Abschnitt ist die „Ausfertigung“ des Vertrages durch das Staatsoberhaupt. Meist geht über die Vespreehung in den geschiedenen Körperschaften voraus. Nach Art. 45 der deutschen Reichsverfassung vom 11. August 1919 vertritt der Reichspräsident das Deutsche Reich zwar völkerrrechtlich allein, wobei er allerdings der Gegenzeichnung („Kontrafignatur“) des Reichskanzlers oder eines Ressortministers bedarf; aber Verträge, die das Gesetzgebungsrecht des Reichstages betreffen, müssen ihm vorher zur Zustimmung vorgelegt werden. Sind die verfassungsmäßigen Voraussetzungen von allen Seiten erfüllt, so ist der Staatsvertrag „ratifiziert“; er tritt in Kraft durch „Austausch der Ratifikationsurkunden“. In Deutschland werden die in Kraft getretenen Staatsverträge im zweiten Teil des Reichswechels veröffentlicht und der Minister des Auswärtigen gibt bekannt, wo und an welcher Lane „der Austausch der Ratifikationsurkunden stattgefunden hat“.

**Reden von Doorn.**

„Doorn ist ganz wie Potsdam.“

Der Evening News veröffentlicht ein Interview mit einem der ehemaligen Generaldirektoren der berühmten West von Harland u. Wolff in Belfast, Mr. Alexander Carlisle, der in seiner Eigenschaft „eines alten und intimen Freundes Wilhelms II.“ ein Wortlein in Doorn verbracht hat.

Begeistert erklärte der alte Herr: „Doorn ist ganz wie Potsdam.“ Der Kaiser und seine Umgebung sehen sich in Alkanden, ordentlichsten Uniformen zu Tisch. Die Kaiserin ist in großer Staats Toilette. Der Kaiser sah jünger aus als vor dem Kriege, obwohl sein Bart ganz weiß geworden ist. Ueber die Ursache des Krieges orakelte Wilhelm II.: „Ich bin der Ansicht, wenn die Diplomatie ehrlich gewesen wäre und wenn andere Mitglieder des englischen Kabinetts als Halbäne Berlin besucht hätten, wären die Dinge anders verlaufen. Der Krieg war zu einem erheblichen Teil ein Krieg der Furcht“, und Justiz habe ich nie leiden mögen.“

Englands Zukunft bezeichnete der Schloßherr von Doorn als schrecklich unsicher. Die finanziellen Vasten, die England zu tragen habe, seien unerträglich. Unter Bezugnahme auf die gelbe Gefahr erklärte Wilhelm II., die größte Gefahr für Englands Zukunft wie für die ganze Welt entstehe im Osten. Dann erzählte der Exkaiser noch, wie bei seinem letzten Besuch in England, als er im Hyde Park spazieren ritt, plötzlich eine Kletterin beim Vorbeistreichen mit ihm zusammenstieß und sich dann erdend als Maroot Asquith vorstellte. Werdas saate König Edward bei der Tafel, Maroot Asquith hätte gewettet, daß sie selbst sich dem deutschen Kaiser vorstellen würde, und erklärte ihm auf diese Weise den Zusammenstoß.

**„Bataillon Schlageter.“**

Rönigsberg, 19. Nov. Das Polizeipräsidium, Landesstriminalstelle, veröffentlicht eine Darstellung der Verhaftung und Vernehmung der auf den Gütern Alt-Allenstein und Klauendorf festgenommenen 19 Personen. Es handelt sich um Mitglieder einer Organisation, die sich den Namen „Bataillon Schlageter im Frontkämpferbund“ beigelegt hat. Der Öffentlichkeit gegenüber gab man sich die Bezeichnung „Arbeitsgemeinschaft“. Die Feststellungen ergaben, daß es sich um eine militärische Geheimorganisation handelt. Die Angaben der Führer, die Organisation sei den zuständigen Behörden bekannt gegeben worden, stellten sich als falsch heraus. Bei der Untersuchung durch die Beamten der Landesstriminalstelle in Rönigsberg ergab sich, daß nur ein Mitglied der Organisation landwirtschaftlicher Arbeiter ist. Keins der Mitglieder steht in irgend einer Beziehung zu der Bauernhochschule in Dresden. Die meisten der Mitglieder trugen Uniformen. Die Organisation war zudem im Besitze von Waffen und zahlreicher Munition. Es fanden Exerzier- und Geländebungen und eine Ausbildung im Schießen statt. Wie es in den Mitteilungen der Landesstriminalstelle weiter heißt, bestand die Absicht, in kürzester Zeit Kompagnien zu bilden, und diese unter der Führung des Vizeführers a. D. Raben-Altuna zu einer „Arbeitsgemeinschaft Raben“ zusammenzufassen. Fast alle Festgenommenen gaben sich als Mitglieder solcher Verbände bekannt, die seiner Zeit unter das Ausübungsgesetz fielen. Die Arbeitsgemeinschaft wollte alle republikanischen Arbeitsplätze durch arbeitlose Mitglieder der nationalen Verbände verdrängen.

Die Festgenommenen sind zum Teil wegen Diebstahls, Diebstahls, Unterschlagung und schwerer Körperverletzung verurteilt.

Nach umfangreichen Vernehmungen und aus der genauesten Durchsicht des beschlagnahmten schriftlichen Materials ergibt sich nach diesseitiger Auffassung neben einem Vergehen gegen den § 7, Ziffer 4 und 5 des Republikstrafgesetzes bei einem der Festgenommenen der Verdacht der Spionage zugunsten Belgiens während des Ruhrkampfes, bei drei anderen Verdacht, ein Verbrechen der Spionage begangen zu haben durch einen vom Untersuchungsrichter in Hamburg delegiertem Übermittelteren Parteiführer bestätigt hat. Infolgedessen wurden die Festgenommenen am 13. November dem zuständigen Untersuchungsrichter in Allenstein vorgeführt; sie wurden von diesem am 15. 11. auf freien Fuß gesetzt.

**Imperator Mussolini.**

Zu der feierlichen Rede, mit der Mussolini am Mittwoch ganz Europa in die Schranken forderte, wird der „Vossischen Zeitung“ geschrieben:

Italien ist heute in den Dingen der persönlichen Freiheit das rückständigste Land in der Welt geworden. Versammlungen, Presse, Rede- und Organisationsfreiheit sind dahin. Das altitalienische Spionagesystem durchdringt den letzten Winkel der privaten Häuslichkeit, der Zehre ist wieder der wahre Herrscher geworden, das Kumpfparlament ist gefügiges Werkzeug in den Händen des Machthabers. In jeder Präsektur geben die jeweiligen lokalen faschistischen Parteigrößen der Beamtenschaft ihre Direktiven. Was nicht durch brutale Verordnungen im Sinne des Faschismus geregelt werden kann, regeln Faust und Knüttel aus dem Hinterhalt. Niemand vermag ein Mißhandelter vor dem Gericht Recht zu bekommen. Er kennt die Angreifer nicht, die Carabinieri wenden sich ab, wenn irgendwo in der Nacht Hilfschreie ertönen. Auch sie wagen nicht, einzugreifen, auch wenn sie es überhaupt wollten.

Wie in der französischen Revolution bedroht ein Gift den im Ausland sich aufhaltenden Italiener, der dem heutigen System feind ist, mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit und des Vermögens. Die Verbannung des Mißliebigen, sonst unerhört in Europa, weil gegen das einzige mit dem Menschen Geborene, die Staatszugehörigkeit, gerichtet, ist wieder zur fürchtbaren Waffe geworden.

Die Formen des Terrors von 1793 leben aufs neue auf. Aber es fehlt der Geist. Mit Robespierre und mit Napoleon marschierten die Kräfte der demokratischen Reform, der Erlösung von den Fesseln des Duodez-Despotismus. Mussolini aber steht gegen den Geist der Zeit, emporgeschoben durch die Welle des Zweifels und der Verzweiflung, die aus der Ernüchterung des Nachkrieges entstand. Er ist ungewöhnlich klug, ein Politiker von großen Ausmaßen, darum daktiert er mit der Stärke, die er hat, ebenso wie er mit dem Königtum paktiert und es schält, obwohl er auch damit einmal fertig werden will. Nicht paktiert er mit den Machtlosen, so z. B. mit dem Freimaurertum, dessen Bedeutung und angebliche internationale Gefahr er aus rationalen Gründen maßlos überreibt. Er paktiert nicht mit Gewerkschaften und Sozialismus, weil der Arbeiter, entwaßnet wie er ist, der 400 000 Mann starken Schwarzschenden-Miliz keinen Widerstand zu leisten vermag, weil seine Organisationen behördlich aufgelöst sind, weil er keine Zeitungen mehr hat, die eine Anklage erheben könnten. Er paktiert nicht mit den annektierten Provinzen, er knüttelt Südtirol, dessen 250 000 Deutsche von den 40 Millionen Italienern erdrückt werden und in 20 Jahren verschwunden sind, wenn nicht bis dahin Wandel geschafft ist.

Südtirol ist nur ein kleines Kapitel in den weltgespannten Einigungszielen des italienischen Nationalismus, der das Bergland südlich des Brenners und Blume zu verbauen sich anschickt, wie eine Riesenschlange das Kaninchen, aber auch schon nach dem Teffin hinschleift. Rizza wieder an sich nehmen und ein großes Reich von den Ausmaßen des römischen Imperiums aufbauen möchte.

Ja, das Imperium Romanum soll wieder erstehen, dazu gehört aber auch Nordtirol, ein Kaiser soll an der Spitze sein; vielleicht glaubt Mussolini, daß seine Soldaten ihm die Krone aufs Haupt setzen werden. Auch in Rom schufen die Prätorianer den Imperator . . .

**Eine deutsche Tageszeitung**

unter italienischer Leitung.

Rom, 19. Nov. „Agenzia della Capitale“ berichtet, daß der letzte Ministerrat außer der Verordnung betreffend die deutsche Unterrichtssprache in den Volksschulen Italiens auch noch andere Maßnahmen betreffend Südtirol auf Antrag des Innenministers Federzoni beschlossen habe, darunter die Gründung einer Tageszeitung in deutscher Sprache in Meran vom 1. Dezember an unter Leitung des italienischen Journalisten Megrelli.

**Mussolinis „Flaggen-Rezept“.**

Rom, 19. Nov. Eine Gesetzesvorlage regelt den Gebrauch der nationalen Fahne in Italien. Die grün-weiß-rote Fahne mit blauem Bande muß im weißen Teile das saboyische Hauswappen zeigen. Bei der königlichen Familie sowie auf allen Regierungsgebäuden muß dieses königliche Wappen von einer Krone überlagert sein. Andere Fahnen dürfen nur dann ausgehängt oder getragen werden, wenn die nationale Fahne die erste Stelle einnimmt. Kein Ausländer wird daher in Italien die Fahne seines eigenen Landes aushängen dürfen, ohne daß zugleich die italienische Fahne, und zwar am Ehrenplatz, gehißt wird. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafen von 1000—1500 Lire geahndet. Durch das Gesetz wird es den Sozialisten unmöglich gemacht, sich ihrer roten Fahne zu bedienen, ebenso den Republikanern, die grün-weiß-rote Fahne ohne das saboyische Wappen auszuhängen.

**Faschistische Kommissare**

Die Würde eines Parlamentaristen!

Rom, 19. November. Der heutige zweite Tag der Kammerstung begann mit dem erwarteten Zusammenstoß zwischen Faschisten und Mitgliedern der Opposition. Erklärten waren nur die Kommunisten. Der kommunistische Abgeordnete Maffi veruchte eine Erklärung abzugeben, die sich gegen die gestrige Demonstration der Kammer richtete. Er hatte seine Rede kaum mit der Feststellung begonnen, daß die gestrige Demonstration nicht den Gefühlen der Mehrheit des Landes entspricht, als sofort Marinacci aufsprang, zu Maffi hinzutrat und ihm zuschrie: „Der den Tace beschimpft, verdient nur dies“, und dabei schlug er Maffi mit der Faust auf den Kopf. Maffi versuchte, die Schläge abzuwehren, aber schon waren über 20 Faschisten über das kleine Häuflein der Kommunisten hergefallen, das sie mit Häufen und Fußstößen behandelten. Dabei wurde der kommunistische Abgeordnete Maffi die Treppe hinuntergestoßen, am Boden gebrochen und unter dauerndem Prügeln aus dem Saal gehauen. Der Tumult hörte erst auf, als Mussolini den Saal betrat. Der Kammerpräsident, der bis dahin nicht eingegriffen und seelenruhig zusehen hatte, warnte nunmehr die — Opposition, in Zukunft „die Gefühle der Mehrheit des Hauses zu verletzen“. Inzwischen wollte der verspätet ankommende kommunistische Abgeordnete Maffi das Parlamentsgebäude betreten. Er wurde erkannt und auf offenkem Platz mit Knütteln niedergeschlagen, so daß er schwer verletzt ins Hospital gebracht werden mußte.

**Sowjetpropaganda um den Aufstand von Tatarbun.**

Bukarest, 19. Nov. Seit einiger Zeit haben die Bolschewiki in allen Ländern einen lebhaften Pressefeldzug gegen die angeblichen rumänischen Grenzboten bei der Unterdrückung des Aufstandes in Tatarbunar eingeleitet. Da die rumänische Regierung unwiderlegbare Beweise der Tatsache besitzt, daß dieser Aufstand von den Bolschewiki die Waffen, Munition, Geld und Führer lieferten, entsacht wurde, versuchen heute natürlicherweise die Sowjets, sich zu rechtfertigen, indem sie der öffentlichen Meinung der Welt den Aufstand in Tatarbunar so darlegen, als ob er nicht ein von ihnen geleitetes revolutionäres Unternehmen, sondern vielmehr eine Folge der Unzufriedenheit der besarabischen Bevölkerung mit der rumänischen Verwaltung gewesen wäre. Die Sowjets scheuen kein Opfer. Sie veranlassen Arbeitervereinigungen, die sie mittelbar oder unmittelbar beeinflussen können, zu Protestkundgebungen, sie lassen in Zeitungen, deren guten Glauben sie mißbrauchen, tendenziöse Artikel erscheinen, sie führen in der bolschewistischen Presse einen erbitterten Kampf, in dem sie die verkehrtesten Beschuldigungen und die kühnsten Drohungen als Mittel gebrauchen. Sie schicken mehr oder weniger anerkannte Agenten nach Rumänien, die das Zeugnis ihrer sogenannten Feststellungen bringen sollen. Rumänien legt Wert darauf, diesen geschickt geführten Feldzug zu entlarven und die öffentliche Meinung vor den Sowjets zu warnen. Die Unzufriedenheit der besarabischen Bevölkerung ist eine Legende, eben so wie die Häre der rumänischen U. r. d. ung. Die Wahrheit ist, daß die Bolschewiki durch Gewalttaten, durch Anschläge und Verbrechen versuchen, Rumänien wie alle ihre anderen Nachbarländer zu beunruhigen. Verteidigt sich die rumänische Regierung, so sehen die Sowjets alle ihnen bewußt oder unbewußt mißfälligen Elemente in Bewegung, über die sie in der Welt verfügen, um wegen Thranneil und Grausamkeit zu schreiben. Es muß betont werden, daß Rumänien fest entschlossen ist, sich nicht durch ein solches Vorgehen einschüchtern zu lassen, und daß es Berechtigt verlangt. Infolgedessen wendet es sich an die öffentliche Meinung der ganzen Welt und macht sie auf dieses bolschewistische Spiel aufmerksam. Es ist davon überzeugt, daß die öffentliche Meinung nicht in die von den Agenten Moskkaus angelegte Falle gehen wird.

**Kleine Meldungen.**

Genua, 19. Nov. Ein Dekret des Präfekten löst die hiesige Arbeiterkammer auf.

Buda pest, 19. November. Der Reichsverweser hat zum Oberkommandierenden der ungarischen Donved den General der Kavallerie Roelard-Jansky ernannt.

Paris, 19. November. Außenminister Briand hat heute nachmittag den deutschen Botschafter v. Doelsch empfangen.